



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandmitglieder haben dreifach bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 14. **Sonnabend, den 6. April 1918.** 22. Jahrgang.

Gewerkschaften und Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsbundler hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preußische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Unternehmungslust, wie sie in dem janusshäuerlichen Diktum: „Wozu popul, wozu Rindvieh!“ diebstalldübelnd zum Ausdruck gekommen ist. Überdies konzentriert sich heute zunächst das unmittelbarste Interesse der karglich verzögerten Arbeitermassen auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ Die hamstern den Selbstversorger und die wüchserischen Schieber und Schleichhändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbstverständlich gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer demokratischen sowie des preußischen Landtages immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem ermatteten Einfluß einer unfruchtbar Prinzipienretterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „verfaulenden Dreiklassenparlament“ nicht wenig beigetragen. Jahrzehntelang ist es arbeiterfremd als eine unbedeutende Größe betrachtet worden, womit die agrarkonservativen Junker und die ihnen seelenverwandten Industriellen gern einverstanden waren. Sie haben während ihrer Position systematisch befehligt die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1879/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder verstärkt, obgleich gleichzeitig die Bedeutung des „plattens Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der freikonservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgebildete Vertreter des schärfmackerischen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptkontrahenten gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Herrenhaus“ als Brechboden gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Konzeptionschulzen auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines Fähnlein Sozialdemokraten Einzug in das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße gehalten — „aber was ist das unter so viele?“ 10 unter 443! Das langt nicht einmal zur Stellung eines selbständigen Antrages, „gestalt also kein initiatives Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensentwicklung in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr erschwert und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sondervorteile nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegsbautenmacher die preußische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

31,9 mehr als im Vorjahre, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf, infolge der „steigenden Holzpreise“ (!) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als 1917, womit der Fiskus eingeseht, an der unheimlichen Verteuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingesehten Reingewinns läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeitern entsprechend erhöhte Lohnentnahmen zustehen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gefindes“ erst ausgedrückt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verfahren.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausschöpfung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeiterschutze den Landeszentralbehörden übertragen sowie diesen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preußischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich, und kein erfreuliches für die Arbeiter. Die Steinarbeiter sind davon besonders interessiert, weil die Steinbruchbetriebe nur ungenügend kontrolliert werden. Bergesicht hat das sozialdemokratische Fährlein im Landtage bei jeder Etatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektionen durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterschaft verlangt. Der preußische Bureaucratismus, bestärkt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessenten im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbepolitische Reform hartnäckig verweigert, lehnt auch die ausreichende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obwohl die gewerbliche Frauenarbeit immer größere Dimensionen annahm. Auch gegen die Bestellung von Baukontrolloren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das heftigste. Ueberall Stagnation, wenn nicht gar Rückschritte auf diesem für unser Volkswohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zur Zeit geeignet erscheinenden Mitteln den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine „rein preußische Angelegenheit“, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der „Baier aller Hindernisse“ gerade auf den Gebieten, die unsere Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsvorlage haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Junker- und Schärmacherfronde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

Was ist Bevölkerungspolitik?

II.
Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungszunahme muß selbstverständlich der Geburtenüberschuss angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900 bis 1910 855 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 894 593 und die der Gestorbenen 1 060 793, demnach ergibt sich in dem letzten Jahr vor dem Kriege ein Ueberfluß von 833 800 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871/80 40,7, 1881/90 38,2, 1891/1900 37,4, 1901/10 33,9, 1911 29,5, 1912 29,1, 1913 28,3. Auf 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 28,8, 1881/90 26,5, 1891/1900 23,5, 1901/10 19,7, 1911 18,2, 1912 16,4, 1913 15,8. Wir sehen hier eine auffällige Abnahme der Geburten und Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht beträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Presse-meldungen vom 16. Februar d. J. teilte die preußische Regierung im Abgeordnetenhaus dem bevölkerungspolitischen Ausschuss mit, daß der Geburtenüberschuss im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gestorbenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder kirchliche Kreise die Ansicht vertreten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wieder hergestellt werden, so ist das ein Irrtum und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehnen auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Vielkinderei ist unwiderruflich vorbei. Jetzt heißt es, mit allen Mitteln gegen Volksgefährdungen wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw. die Menschenökonomie und die Lebensdauer der Geborenen zu fördern. Und dabei wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegenüber dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slavischen Völkern nicht außer acht zu lassen sein. Die „slawische Welle“ bedeutet eine nicht unbedeutliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungszunahme des russischen Staates betrug z. B. für 1910 1 136 899 Personen. — Wie im Reichsarbeitsblatt, Bd. IX, 1911, sehr gut ausgeführt wird: „Bedingt die Erhöhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft“. Denn wirtschaftlich betrachtet enthält vom 15. Lebensjahr ab ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage, wobei auch die möglichen Arbeitsstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen wären. Nach der amtlichen Absterbeordnung der neunziger Jahre (1881—1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 Jahren und für das weibliche Geschlecht 43,77 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorhergehenden zwanzig Jahre: nur fünf und bei den Frauen fünfzehn Jahre zugenommen. Trotzdem stehen wir noch immer hinter den meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,63 Jahre; sie ist also um volle zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Günstiger zeigen sich die Feststellungen des statistischen Landesamts für Preußen, wonach im Jahr fünf 1906—1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,03 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuss zu rechnen, der schon 1913 833 800 Personen betrug. Der uneheliche Geschlechtsverkehr wird dadurch mehr vorurteilsreicher und als lässlich zulässig angesehen sein. Das moralische Moment kann nicht darin bestehen, das gesellschaftliche Ansehen der unehelichen Mütter und ihres Kindes herabzudrücken, denn um unehelich eine pflichterfüllende Mutter zu sein, bedarf tüchtiger Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines jeden Vaters zu brandmarken und geistlich zu ver-

hindern. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bildet einen weiteren Teil der Volksaufklärung und entschlossener Maßnahmen der Gesetzgebung, wobei ohne Ansehen und Schonung von Personen — gegen jedes gewissenlose Handeln — vorgegangen werden muß.

Wie uns der Krieg gezeigt hat, sind eine große Zahl von Personen nicht nur bis zum 40. Jahr — sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig und „hinter der Front“ in Tag- und Nachtschichten ihrer Arbeit. Deshalb muß es Aufgabe der leitenden Kreise der Gewerkschaften sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch die Beachtung der Gesundheitsvorschriften auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Die Gewerkschaften durch ihre praktischen Maßnahmen gehört auch der Teil dieser Aufgaben zu.

Steuer

weiteren Stein-
drt. Die
ter“, daß
schwierig
ungünstige
üssen, daß
inen nicht
mittel und
n müssen
hen, daß
gesteigert
nternehmen
der Stein-
Aufgabe:
a sich den
a Anstalt
lich gab es
anmaterialien
atend getriebe
n der Arbeiter
sich, aber sagen
indem dann
ja die Mühe
einach unen-
schin, daß
K Ford
der Zeit
berungen
nemacht
regung
and
ber-
aus eine
Landesleitungs
wurde, die For-
derungen geben ja
aus. Und so mußten
sich diesmal die
Stimmungen unter der
schaft der Steinindustrie so ist
daß eine fünfzigprozentige
Teuerungszulage den wirklichen
Teuerungsvhältnissen nicht im entferntesten gerecht wird.

Wir haben allerdings noch eine Reihe von Orten zu
verzeichnen, wo die 3. Zulagenbewegung noch nicht erledigt
werden konnte, aber die Kollegen dürfen versichert sein, daß
die Verbandsleitung alles tun wird, um auch ihnen ihr
Recht werden zu lassen. Herausgestellt hat sich auch diesmal
wieder, daß dort, wo die Steinarbeiter nicht auto-
organisiert sind, die Verhandlung in mate-
rieller Hinsicht am wenigsten einbrachten.

Die Hilfsarbeiter konnten noch nicht allgemein bei der
neuen Abmachung berücksichtigt werden, obwohl sich die
Verbandsleitung gerade für diese niedrig bezahlten Arbeiter
mit Nachdruck ins Zeug legte. Die Aufgabe der Ortsverwal-
tungen muß es sein, gerade die Hilfsarbeiter organisatorisch
zu erfassen. Unser Bestreben muß es sein, daß in Zukunft
die Regelung der eventuellen weiteren Zulagen, sowie die
Abwicklung von Tarifverträgen im Sinne der Hilfsarbeiter
gerecht wird.

Teuerungszulagen in der Steinindustrie.

Bayrischer Wald. Die bisherige Zulage wurde im
ganzen Granitgebiet von 20 auf 40 Prozent erhöht. Von der
Erhöhung werden betroffen: Wankera, Wilsberg, Bauern-
bera, Edenstetten, Tilling, Metten und noch einige andere
Orte.

Granitbezirk Seppenheim. Die Zulage beträgt
jetzt 35 Prozent.

Protterode. Bei der Firma Emil Köpfer wurden
folgende Lohnveränderungen getroffen. Für den Bruchbetrieb
Protterode beträgt der Stundenlohn ab 15. März 1918 für
Steinmetzen und Spalter 86 Pf., ferner werden die Grund-
preise des bestehenden Tarifes von 30 Prozent auf 45 Prozent
erhöht.

Siel. Für die Granitsteinmetzen beträgt der Stunden-
lohn 1.10 bis 1.15 M. Die Schleifer stellen sich auf 0.90 bis
1.00 M. der Stunde. Die Kollegen könnten ihren Organi-
zationspflichten etwas mehr nachkommen.

